

Quelle: Der Spiegel 23/1962, S. 50

Blutige Bilanz eines „Kriegshelden“: Angriffe auf Zivilbevölkerung und Aufständische im Warschauer Stadtteil Wola unter Heinrich Reinefarths Kommando, 5. August 1944. Das SS-Sonderkommando „Gruppe Dirlwanger“ stand unter seinem Befehl

Nichts bei herausgekommen?

Mahntafel in Westerland zur Beteiligung des ehemaligen Bürgermeisters Heinz Reinefarth an der Niederschlagung des Warschauer Aufstands

Eine E-Mail brachte alles ins Rollen. Jahrelang hatte man auf Sylt die Rolle des früheren Bürgermeisters Heinz (Heinrich) Reinefarth, berüchtigt als „Henker von Warschau“, verdrängt, vergessen oder verharmlost. Erst zum anstehenden Jahrestag des Warschauer Aufstands – der am 1. August 1944 begonnen und bis zum 2. Oktober gedauert hatte – sah man sich auf Sylt genötigt, aktiv zu werden. Denn kurz nach dem Beginn des Aufstandes, ab dem 5. August 1944, hatten die von Heinz Reinefarth kommandierten SS- und Polizei-Einheiten innerhalb weniger Tage in der Vorstadt Wola mindestens 30.000 polnische Zivilisten und Angehörige der aufständischen polnischen Heimarmee ermordet.

Im *Ostdeutschen Beobachter* lobte Reinefarth damals seine Männer: Sie hätten dafür gesorgt, dass „Polens Metropole, von der uns Deutschen in den Jahrhunderten so viel Unheil gekommen ist, als Gefahrenherd endgültig beseitigt wurde.“

Reinefarth, als SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS und Polizei ein ungewöhnlich brutaler Kriegsverbrecher, machte als Landtagsabgeord-

nete und Sylter Bürgermeister von Dezember 1951 bis 1963 Karriere. Er hatte es als einziger SS-Scherge von Rang in einen westdeutschen Landtag geschafft; zudem wurde er mehrfach von Gerichten freigesprochen. Ein Mörder der besonderen Art, er führte Strichlisten über seine Opfer. Reinefarth hatte sich entschieden, seinen bürgerlichen Lebensweg gegen eine hauptberufliche Karriere innerhalb der SS einzutauschen: Am 30. Januar 1942 erfolgte die Beförderung zum SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei. Er verließ die Wehrmacht im Rang eines Leutnants der Reserve und wurde als Generalinspekteur der Verwaltung im Reichsprotectorat Böhmen und Mähren von Juni 1942 bis Mitte 1943 eingesetzt.

Ein Musterbeispiel deutscher Nachkriegsgeschichte; ein Sonderfall, der gleichzeitig fast normal erscheint. Nur ein Mann, es war der SPD-Landtagsabgeordnete Ernst-Wilhelm Stojan, hatte über alle Jahrzehnte seine Stimme erhoben.

Wie im „Restreich“ wurde auch auf Sylt die Geschichte komplett verdrängt; der Wiederaufbau stand an, da war ein tatkräftiger Mann gefragt. Dieser Mörder hatte mehrere



Foto: Anndt Prenzler

Nachdenkliches zwischen Touristen und Sommerfrische: Einweihung der Mahntafel am Westerländer Rathaus am 31. Juli 2014

Gesichter, er war jovial, freundlich und den Menschen zugetan. Auch deshalb tat man sich in Westerland schwer damit, ihn als Kriegsverbrecher zu bewerten. „Sein erfolgreiches Wirken für die Stadt Westerland wird unvergessen bleiben“, hieß es 1979 im amtlichen Nachruf. „Wir stellen fest, dass dieselben Menschen zu nicht denselben Zeiten nicht dieselben sind“, analysierte Professor Dr. Michael Ruck (Flensburg) anlässlich der Gedenkfeier des Aufstandes.

Wie kam es nun zur späten Auseinandersetzung mit dem Täter?

Die Kirchengemeinde mit Pastorin Anja Lochner an der Spitze gab den letzten Anstoß. Allerdings kam der Impuls von außen. „Habt

ihr in Westerland darüber nachgedacht?“, hatte ein Hobby-Historiker aus Warschau in der Westerländer Kirchengemeinde in Bezug auf den Jahrestag 2013 bescheiden angefragt. „Diese Mail war ein ‚Wiedergänger‘ gewesen, man musste sich mir ihr auseinandersetzen“, erklärt Anja Lochner.

Zeitgleich legte der Schweizer Historiker Philipp Marti seine Dissertation über Reinefarth vor (vgl. die Rezension ab Seite 224). Bereits 2012 hatte er die Studie über die Laufbahn von Heinz Reinefarth begonnen, an der Abteilung Neueste Allgemeine Geschichte und Zeitgeschichte des Historischen Instituts der Universität Bern. Die Fakten waren also zugänglich; nun ging



Feierlicher Akt am 31. Juli: Bürgermeisterin Petra Reiber, Bürgervertreter Richard Jones, Ernst-Wilhelm Stojan und Bürgervorsteher Peter Schnittgard weihen die Mahntafel ein

es also darum, wie die Gemeindevertretung das Problem zu lösen gedachte.

In der Debatte ging es wochenlang hin und her. Eine Gedenktafel ja – aber wohin damit? Die erste Idee, das Schild oder einen Stein auf den Friedhof zu stellen, wurde verworfen. Die örtliche SPD votierte entschieden dafür, einen Platz am Rathaus zu wählen.

Auch die Sylt-Expertin und Insel-Historikerin Silke von Bremen votierte dafür, erhob in Ausschusssitzungen das Wort. Der Ausschussvorsitzende Peter Schnittgard sagte, die Aufarbeitung gehe in Ordnung – es sei ihm aber wichtig, dass auf einem Mahnmal Reinefarths Name nicht genannt werde. Seine Begrün-

dung: „Da würde nichts bei herauskommen.“ Silke von Bremen setzte sich letztendlich doch durch: Die Tafel wurde am Ende durch einen Arbeitskreis einstimmig abgesegnet.

Mit einer bewegenden Feierstunde wurde am 31. Juli die Mahntafel zum Gedenken an die Opfer des Warschauer Aufstandes eingeweiht. Diese schlichte Tafel mit Inschrift in deutscher und polnischer Sprache hängt links neben dem Eingang des Rathauses.

Neben Bürgermeisterin Petra Reiber und Bürgervorsteher Peter Schnittgard nahmen der 88-jährige Zeitzeuge Ernst-Wilhelm Stojan sowie der mit 19 Jahren jüngste Bürgervertreter Richard Jones aus

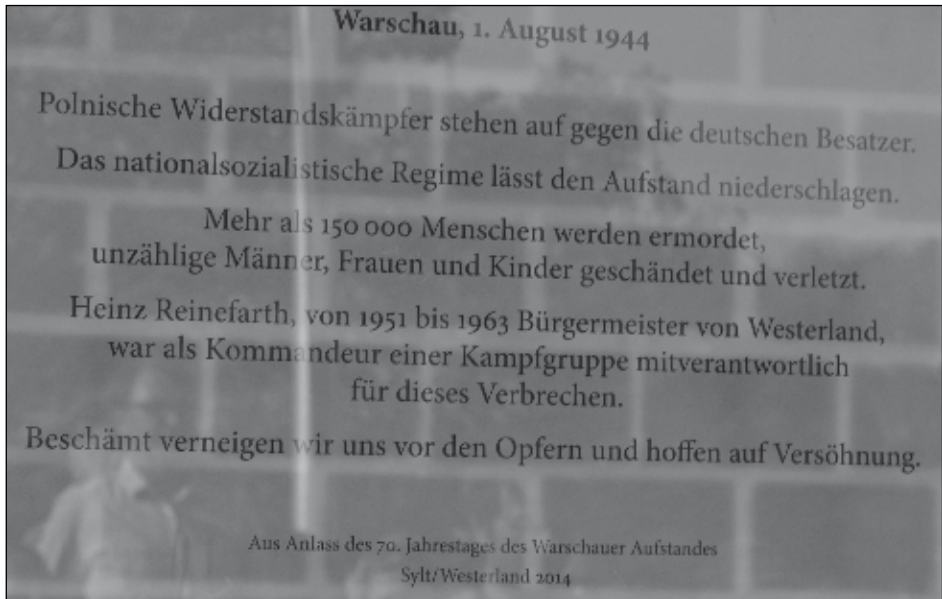


Foto: Arndt Pfenzel

Obere Hälfte deutsch: Der Text bleibt unpräzise, weil nur der Beginn des Aufstandes datiert ist. Tatsächlich dauerte er 63 Tage und fordert zusätzlich 18.000 Tote aus den Reihen der Polnischen Heimatarmee, von der der Aufstand ausging

Archsum die Enthüllung vor. „Nach außen wird mit dieser Mahntafel ein dauerhaftes Zeichen gesetzt, dass die deutsche Gesellschaft ihre fortwährende Erinnerungsverantwortung nicht in spezialisierte Institutionen auslagert, sondern sich dieser Verantwortung vor Ort auch dann stellt, wenn dadurch sorgsam gehegte Erinnerungen an weithin geschätzte Persönlichkeiten der Nachkriegsjahrzehnte schmerzhaft gebrochen werden“, sagte Michael Ruck in seiner fulminanten Rede.

In Westerland habe es bis in die Gegenwart hinein kein Bedürfnis danach gegeben, die Person Reinefarth und seine Funktion als Bürgermeister kritisch aufzuarbeiten.

Die Mahntafel dokumentiere nun die „bedrückende Einsicht, dass einer der deutschen Haupttäter von Warschau, SS-General Heinrich Reinefarth, nur wenige Jahre nach dieser Mord- und Zerstörungsaktion ausgerechnet hier auf der Insel Sylt [...] als Bürgermeister von Westerland und später als Landtagsabgeordneter [...] über mehr als anderthalb Jahrzehnte hinweg an herausgehobener Stelle den administrativen und politischen Wiederaufbau im Norden der jungen Bundesrepublik aktiv mitgestalten durfte“, so Michael Ruck.

Gerd Nielsen, SPD-Fraktionschef im Westerländer Rathaus, fand ebenfalls deutliche Worte: „Nach all

den Jahrzehnten der Verdrängung mussten wir uns nun endlich im öffentlichen Raum der Frage stellen: Wie konnte Reinefarth hier Bürgermeister werden?“ Die Erklärung ist simpel: Reinefarth wurde mehrfach freigesprochen; zudem hatte er sich als Verteidiger der Stadt Küstrin 1945 als „Held“ bewährt. Für seine Untaten in Warschau hatte das NS-Regime Reinefarth am 30. September 1944 mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet.

Zeitgeschichte mit der Chance auf Idealisierung; perfekt geeignet, um als Folie denjenigen zu dienen, die auch an den „Führer“ geglaubt hatten. Reinefarth hatte dem Vaterland gedient, es war Krieg: fertig, Ende, aus. „Zu schnell sollte alles wieder beim Alten, wieder in Ordnung sein“, sagt Pastorin Anja Lochner. Und daher beließ man es bei wenigen kritischen Anmerkungen und wollte eigentlich nichts mehr von der Geschichte hören.

Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit und betrifft die vergangenen 40 Jahre: Denn *Der Spiegel* hatte bereits 1962 ausführlich berichtet: „Das Modebad Westerland auf Sylt rüstet für eine vielleicht schöne, Westerlands Stadtvater Reinefarth hingegen für eine mit Sicherheit ungewöhnlich trübe Saison. Ursprünglich hatte der ehemalige SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei mit besserem Wetter gerechnet: Ein Ermittlungsverfahren, das die Staatsanwaltschaft



Quelle: Wikimedia Commons

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Heinz Reinefarth 1944

Flensburg gegen ihn wegen Tötung betreibt, schleppt sich seit fast einem Jahr dahin. Im Sande sind schon vier vorausgegangene Verfahren verlaufen, die gegen Reinefarth wegen des gleichen Deliktes eingeleitet worden waren: Verdacht der Teilnahme an der Erschießung polnischer Zivilisten beim Warschauer Aufstand von 1944. Unangenehmer als die gemächlich voranschreitende Schürferi der Flensburger Staatsanwälte ist nun für den SS-Mann eine Expertise, die keine Amtsperson, sondern der Lüneburger Ost-

Forscher Dr. Hanns von Krannhals angefertigt hat. Thema: der Warschauer Aufstand.“ (*Der Spiegel* Nr. 23/1962, 6.6.1962, S. 48)

Diese Schrift war seinerzeit der politische Abgesang für Reinefarth; der Rücktritt als Bürgermeister wurde 1963 erzwungen, auch den Landtag verließ er schon 1962. Mit Schreiben vom 31. Juli 1958 bat Reinefarth den Innenminister dann um vorläufige Beurlaubung, bis die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen im Zuge eines sich in Vorbereitung befindenden Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft Flensburg geklärt seien. Obwohl sich die Westeländer Verwaltung zunächst dagegen sträubte, willigte sie schließlich doch ein.

Der Sohn eines Landgerichtsrates war 1958 für den GB/BHE (Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) in den Schleswig-Holsteiner Landtag gewählt worden. Diese bildeten eine Koalition mit der CDU und sorgten dafür, dass alte Nazis in die Ministerien zurückkehren konnten. Mit seinem Abgang geriet Reinefarth in Vergessenheit.

Zurück zur Feier- und Gedenkstunde in Westerland: Bürgervorsteher Peter Schnittgard betonte, dass es zwar spät, aber nicht zu spät sei. „Weg mit den jahrzehntelangen Schweigethemen“, sagte Schnittgard. „Es darf nicht sein, dass mit unseren Kindern und Enkelkindern eine fast ahnungslose Generation heranwachsen kann.“ Dem Moment des Gedenkens am 31. Juli folgte die Eröffnung der Ausstellung *Im Objektiv des Feindes*, die bis Ende Oktober im Rathaus gezeigt wurde.

Westerlands Bürgermeisterin Petra Reiber reiste Tage später mit einer Delegation nach Warschau, um an den dortigen Gedenkveranstaltungen teilzunehmen. Sie bekannte sich zu den Verbrechen und äußerte Scham. Und sie bat um Vergebung für deutsche Verbrechen.

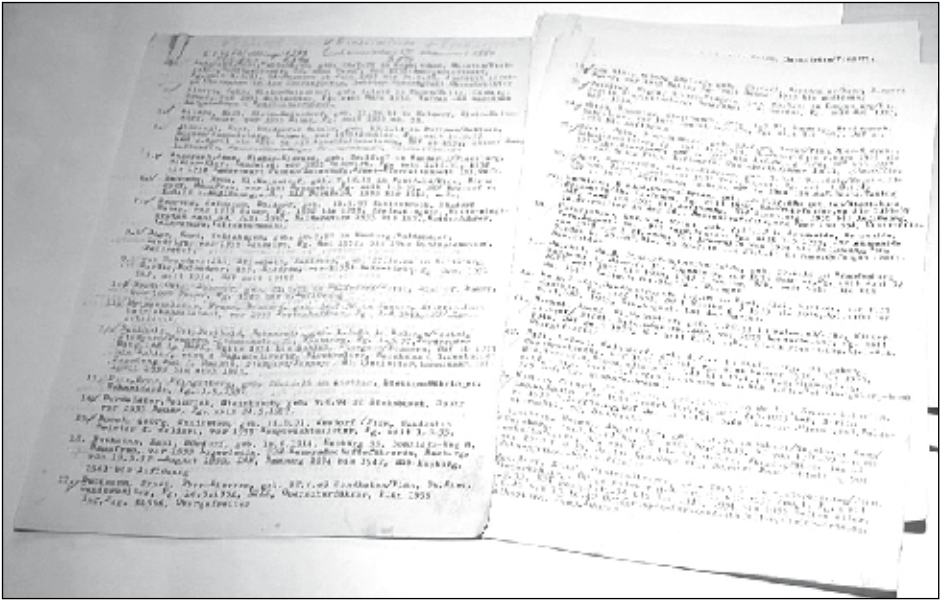
Auch der Kieler Landtag hat den Opfern und ihren Angehörigen sein tiefes Mitgefühl ausgesprochen und sie um Verzeihung gebeten: „Der Landtag bedauert zutiefst, dass es nach 1945 in Schleswig-Holstein möglich werden konnte, dass ein Kriegsverbrecher Landtagsabgeordneter wird.“ *Arndt Prenzel*

Die Bösdorfer Liste

Ein Dokument zur NS-Geschichte und Entnazifizierung in einer holsteinischen Landgemeinde

Dieser Text möchte auf ein Dokument hinweisen, das Einblicke in die „Verstrickung“ der Bewohnerin-

nen und Bewohner der Gemeinde Bösdorf bei Plön in das NS-Herrschaftssystem erlaubt. Vergleichba-



Besonderer Dokumentenfund: Die Bösdorfer Liste enthält präzise Details zum ns-politischen Engagement der Dorfbewohner

re Auflistungen aus anderen ländlichen Orten Schleswig-Holsteins sind, soweit bekannt, nicht mehr vorhanden bzw. nicht zugänglich.

Im Nachlass meines Großvaters Max Richter, der wiederum Bestandteil des Nachlasses meines zwischenzeitlich ebenfalls verstorbenen Vaters Klaus Richter ist, fand sich das maschinenschriftliche Original einer Liste, die auf neun Seiten Angaben über 131 Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde Bösdorf enthält. Bis Nr. 125 ist die Auflistung alphabetisch geordnet, die restlichen sechs Namen kamen anscheinend später dazu. Die Auflistung trägt weder Überschrift noch Unterschrift, Briefkopf, Datumsangabe o. Ä. und enthält keine Aussa-

gen über die Herkunft der verzeichneten Angaben und den Zweck der Erstellung dieses Dokuments.

Aufgeführt sind jeweils Name, aktueller Wohnort (sämtlich Ortsteile von Bösdorf), Geburtstag und -ort, frühere Wohnanschrift, berufliche Stellung aktuell und vor 1933 sowie Daten zur Mitgliedschaft und ggfs. Funktionen in der NSDAP („Pg.“) und weiteren NS-Organisationen und ggfs. zum Kriegsdienst. Auch in der offensichtlich knapp zusammengefassten Form dieser Auflistung ist erkennbar, dass die Angaben von den Betroffenen selbst (oder Personen ihres Umfeldes) stammen müssen und nicht aus amtlichen oder „parteiamtlichen“ Karteien zusammengestellt wurden.

Diese hätten zudem für die große Zahl der auf der Liste erscheinenden Flüchtlinge (z.B. aus Ostpreußen) kaum zugänglich sein können.

Bauer Peter N.* (Nr. 64) sei beispielsweise „Blockwart (zwangsweise durch Kreisleiter Jüppner nachweisbar) Meinsdorf, von ca. Apr. 1940 bis Auflösung“ gewesen. Schlachter Alfred R. (Nr. 78) war „Pg. ungef. 1937, SA v. 15.9.33 bis 1937, Tragen der Braunen Uniform verboten“. Heinrich I., Landwirtschaftlicher Arbeiter (Nr. 128) war „Pg. 1.5.37, Parteianw. 10.7.33, SA-Reserve vom 10.7.33, Sturmmann, bis 21.1.38 auf eigenen Wunsch wegen Arbeitsverhältnisses ehrenvoll entlassen“. Zu dem Altenteiler Wilhelm S. (Nr. 107) heißt es: „Zeit der Parteizugehörigkeit kann nicht mehr angegeben werden“.

Handschriftlich sind nachträglich alle Personen auf der Liste farbig als Flüchtling, Evakuierter oder Einheimischer markiert, und die jeweilige Anzahl ist ins Verhältnis gesetzt zur Einwohnerzahl der Gemeinde am 5. August 1946: 1.293 Flüchtlinge (und Evakuierte) und 591 Einheimische, zusammen 1.884 Einwohner. 5,7 Prozent der Flüchtlinge und Evakuierten und 9,8 Prozent der Einheimischen sind, so errechnete der Verfasser der handschriftlichen Anmerkungen, auf der Liste verzeichnet. (Die doch sehr stark unterschiedliche dokumentierte „NS-Quote“ beider Personengruppen mag auch damit

zusammenhängen, dass die Flüchtlinge aus vielen verschiedenen Orten stammten und ihre entsprechende Vergangenheit eher verschweigen oder beschönigen konnten, während bei den Einheimischen eines 600-Seelen-Dorfes ohnehin jeder alles über jeden wusste und leugnen erheblich riskanter gewesen wäre.)

Mein Großvater ist auf der Liste aufgeführt als Nr. 79, Pol.Beamter aus Waldheim/Sa., „Pg. seit Aug. od. Sept. 1937, NSV von 1934 bis 1939, o. Rang, Kriegsmarine, Standort Plön-Ruhleben, Ob.Leutnant d. Res.“. Vermutlich hat er als korrekter Beamter auch seinen ältesten Sohn, meinen Vater, veranlasst, Angaben zu machen: Klaus Richter (Nr. 80) ist die jüngste Person auf der Liste (er wurde erst einige Tage nach der Kapitulation 17 Jahre alt) und hat dementsprechend wenig vorzuweisen. Er war Mitglied der DJ (Deutsche Jugend, die „Kinderorganisation“ der Hitlerjugend) bis 5. Februar 1945, ab 30. Januar 1945 Oberjungzugführer in Waldheim, kam dann aber in den letzten Kriegswochen noch zur Kriegsmarine.

Ich nehme an, dass die Angaben eine Zusammenfassung von über die Bösdorfer Gemeindeverwaltung eingesammelten, von der englischen Militärregierung ausgegebenen Fragebogen zur Erfassung belasteter Personen darstellen. Es wird sich dabei um die erste Version des Fragebogens aus 1945 handeln, vermutlich wurden die Bögen noch

* Namen wurden aus Datenschutzgründen abgekürzt

1945 oder Anfang 1946 ausgefüllt, und die Liste wurde dann vor Weiterleitung der Bögen an die Kreisverwaltung oder an einen Entnazifizierungsausschuß zusammengestellt – zu welchem Zweck auch immer.

Im Nachlass meines Großvaters existiert auch eine Zweitschrift des von ihm als Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung am 15. Mai 1946 ausgefüllten Fragebogens des Military Government of Germany, Revised 1 January, 1946, in dem sich die Angabe „Standort Plön-Ruhleben“ jedoch nicht findet; er beantwortet dort die Frage 132 „Haben Sie jemals einen Fragebogen der Militärregierung ausgefüllt und eingereicht?“ mit „ja“ und „Januar 1946“ (einem Schriftwechsel zwischen dem Bösdorfer Bürgermeister und dem Plöner Landratsamt im Nachlass meines Großvaters ist allerdings zu entnehmen, dass „der von dem Angestellten Richter ausgefüllte Fragebogen“ bereits mit Schreiben vom 27. Dezember 1945 nach Plön gesandt wurde). Die früheren und offenbar flächendeckend ausgegebenen Fragebögen nehme ich als Datenquelle der Bösdorfer Liste an.

Die Liste wird aber erst im Sommer 1946 zusammengestellt worden sein, und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach von meinem Großvater selbst, der zu dieser Zeit als Gemeinsekretär die damals noch selbstständige Verwaltung von Bösdorf leitete; er wird dann bei der Zusammenstellung seine Anschrift aktualisiert haben (seine mehrfa-

chen Adressenwechsel innerhalb Bösdorfs erklären sich aus der extrem angespannten Unterbringungssituation in einer Gemeinde, die mehr als doppelt so viele Flüchtlinge als Eingesessene zählte).

Mein Großvater wird die Liste sofort oder später persönlich an sich genommen haben, war aber offenbar nicht daran interessiert, sie beizeiten zu vernichten. Wer selbst belastet ist, tut gut daran, über die Belastung anderer Bescheid zu wissen. Die NS-Belastung meines Großvaters war möglicherweise nicht geringer als diejenige des Gemeindeangestellten Hans D., der „auf Veranlassung der englischen Militärregierung entlassen werden mußte“ (Schreiben des Bösdorfer Bürgermeisters an den Plöner Landrat vom 7. Januar 1946, im Nachlass Max Richter), was zur Übernahme meines Großvaters in eine unbefristete Anstellung führte. Hans D. (Nr. 20) war „Pg. seit 1.5.37, NSV vom 1.2.37 bis 1945, NSV-Ortsgr. Kassenverw. Bösdorf v. 29.9.37 bis 1945“.

Einige biografische Angaben zum mutmaßlichen Verfasser der Bösdorfer Liste seien noch angefügt: Julius Max Richter, geb. 11. April 1900, gest. 5. Januar 1978; Polizist in Mittweida (Sachsen) ab 1925, anschließend ab 1937 in Waldheim (Sachsen), dort Beförderung zum Polizeioffizier („Rev.-Leutnant“); NSDAP ab 1. August 1937 bis 31. Dezember 1939; ab Dezember 1939 Kriegsmarine (NSDAP-Mitglieder sieden in der Regel mit dem

Eintritt in die Wehrmacht aus der Partei aus).

1941 bis 1943 englische Kriegsgefangenschaft als Leutnant/Oberleutnant; als Schwerverwundeter ausgetauscht, anschließend in der Marineverwaltung tätig, wohl zunächst in Berlin, letzter Standort Ruhleben bei Plön (Gemeinde Bösdorf), Lazarettaufenthalt bis Sommer 1945; ab 22. August 1945 Aushilfsangestellter, ab 1. Dezember 1945 fest angestellt bei der Gemeindeverwaltung Bösdorf, die er als Gemeinsekretär leitete; 1. April 1948 Wechsel zur neugebildeten Amtsverwaltung Plön-Land; dort bis zur Pensionierung. Mein Großvater blieb in Holstein, obwohl er in Waldheim Ehefrau und drei Söhne hatte. In Bösdorf lebte er offenbar seit Juli 1945 zusammen mit einer 19 Jahre jüngeren Frau, die er als „Haushälterin“ bei der Krankenkasse anmeldete und mit der er einen weiteren Sohn hatte, bis im Frühjahr 1947 meine Großmutter aus Waldheim nachkam und die eheliche Zweisamkeit wiederherstellte.

1946 bis 1948 wurde von der

Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg gegen meinen Großvater ermittelt wegen Verantwortung für den gewaltsamen Tod eines Polizeihäftlings in Mittweida/Sachsen (Mitteilung von Dr. Sebastian Lehmann, Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig). Ob dieses Verfahren nach der Abgabe an die Oberstaatsanwaltschaft Chemnitz 1948 dort weitergeführt wurde und ggfs. mit welchem Ergebnis, ist mir nicht bekannt. Die Bereitschaft zur Mitwirkung der schleswig-holsteinischen Behörden wird zu dieser Zeit auch kaum noch gegeben gewesen sein.

Eine systematische Analyse und Interpretation dieser Liste könnte ein interessantes Schlaglicht auf den Ort Bösdorf werfen, aber evtl. auch darüber hinaus auf andere Orte übertragbare Thesen generieren helfen. Sie wurde darum dem Kreisarchiv Plön übergeben und steht dort unter der Signatur Abt. F 11 1.10 (Folgen des 2. Weltkriegs) für eine wissenschaftlichen Auswertung zur Verfügung. *Stephan Richter*

„... die Anstrengung der Erinnerung“

Überlebende des KZ Kaltenkirchen-Springhirsch werden systematisch interviewt

Seit längerem bereiten sich KZ-Gedenkstätten auf das Ende der Zeugenschaft vor. Sie werden schon bald auf die Beiträge von Überlebenden verzichten müssen. Umstritten

ist, wer an ihrer Stelle sprechen kann. Für den 27. Januar 2015 ist eine Erklärung von deutschen Lagergemeinschaften angekündigt, in der diese erklären werden,

das Erbe der ehemaligen Häftlinge antreten und das „Vermächtnis weitertragen“ zu wollen.¹

Für manche KZ-Gedenkstätten ist schon jetzt Realität, dass sie ohne die Besuche, ohne die Antworten auf die Fragen der ForscherInnen und ohne die kritischen Kommentare der ehemals Verfolgten auskommen müssen. Der vermutlich letzte Überlebende des KZ Ladelund, Jannes Priem aus den Niederlanden, starb am 22. August 2013 (vgl. *ISHZ* 54 (2013), S. 243). In Neustadt-Pelzerhaken gibt es noch den jährlichen Redebeitrag eines Überlebenden der Schiffskatastrophe der Häftlingsschiffe „Cap Arcona“ und „Thielbeck“ 1945 bei den Gedenkfeiern zum 3. Mai. Und für das KZ-Außenlager Kaltenkirchen sind vier ehemalige Häftlinge bekannt, die heute in Frankreich und Polen leben.

Diese Überlebenden werden nun befragt. Warum? Welche Auskünfte kann man noch von Männern erwarten, die um die 90 Jahre alt sind? Warum sind diese Interviews nicht schon früher geführt worden, zu einer Zeit, als die Erinnerung vermutlich präziser, die Möglichkeit der Überprüfung anhand anderer Berichte besser war?

Für Außenlager des KZ Neuengamme – in Schleswig-Holstein sind das Ladelund, Husum-Schwesing, Kiel, Hohwacht, Neustadt, Wedel,

Mölln und Kaltenkirchen – gilt, dass die Berichte Überlebender für die Forschung einen hohen Stellenwert haben. Die Vernichtung der Dokumente, die im KZ Neuengamme bei der Räumung des Lagers im April 1945 vorgenommen wurde, erschwerte die Rekonstruktion der Ereignisse im KZ. So wissen wir beispielsweise bis heute nicht genau, wann das KZ-Außenlager Kaltenkirchen entstand. Wo keine Akten vorhanden sind, bleiben als Quelle die Auskünfte der Überlebenden.

Daher führte die KZ-Gedenkstätte Neuengamme schon von 1991 bis 1993 ein Oral-History-Projekt durch.² Ehemalige Häftlinge des KZ Kaltenkirchen wurden dabei auch befragt, wobei insbesondere die Auskünfte der Franzosen Henri Stroweis und Edmond Mahieu ergiebig waren. Mahieu gab als späterer General einen guten Überblick über die Struktur des Außenlagers, Stroweis war der einzige jüdische Häftling. Zu diesen Interviews kommen als Quellen zum KZ Kaltenkirchen briefliche Auskünfte sowie Gespräche bei Begegnungen. Insbesondere der 1976 erfolgte Besuch des polnischen Lagerschreibers und Akteurs im Lagerwiderstand, Sergiusz Jaskiewicz, wurde für grundlegende Gespräche über die Geschichte des KZ genutzt.

Warum wurden diese Interviews und Anfragen nicht erweitert?

1. Vgl. www.vv-bda.de/2015/01

2. Vgl. Karin Orth / Ulrike Jureit, *Überlebensgeschichten. Gespräche mit Überlebenden des KZ Neuengamme*. Hamburg 1994.

Die frühe Phase zur Erforschung der Lagergeschichte hatte zum Ziel, die Realität des Konzentrationslagers, die jahrzehntelang vor Ort verschwiegen wurde, zu belegen. Gerhard Hoch als Historiker des KZ Kaltenkirchen agierte nahezu als Einzelkämpfer in einer langen Phase bundesdeutscher Geschichte, in der der Beweis der Existenz eines KZ gegen die öffentliche Verleugnung dieser Geschichte durchgesetzt werden musste. Ein Beispiel für diese Leugnung ist Hochs Suche nach dem Exhumationsbericht von 1951. Dieser wurde ihm, wie er Thomas Tschirner berichtete, erst ausgehändigt, als er einen Brief aus Holland vorlegen konnte, der auf die Existenz des Berichts im Kaltenkirchener Rathaus hinwies. Diese Phase konnte in Kaltenkirchen erst ab 1996, nämlich mit der Entdeckung bzw. Rekonstruktion des authentischen Ortes durch die Ausgrabungen von Maren Grimm und Oliver Gemballa, die die Etablierung einer KZ-Gedenkstätte denkbar machte, überwunden werden. Die reflexhafte Leugnung verlor nun ihre Basis (und lebt in anderer Form fort).

Die Auseinandersetzung mit dem Schweigen, der Hinweis auf nur verstohlen Erzähltes ist in der KZ-Gedenkstätte immer noch sehr präsent. Die Auseinandersetzung mit der Volksgemeinschaft findet sich in der Frage nach dem Wissen der Deutschen, nach Tätern und

Mitläufern. Dieses zu thematisieren, ist ein großes Verdienst der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen und der Forschungen Gerhard Hochs.

Dabei sind immer noch Fragen zur Geschichte des KZ offen, insbesondere die unklare Frage nach der Zahl der Toten, aber auch andere Details: Wurde der Strafbunker des KZ-Außenlagers genutzt? Gab es einen zweimal täglich durchgeführten, mit Quälereien wie stundenlangem Stehen verbundenen Appell, wie wir ihn als Instrument des Terrors aus den großen KZ kennen? Während für das KZ Kaltenkirchen die Lagergeschichte, die Arbeitssituation und viele Details wie Fluchten, Widerstand gut erforscht sind (und nun auch die zweite Geschichte mit der Studie Thomas Tschirners³ erfasst ist), sind die Darstellungen der inhaftierten Häftlingsgruppen und der Überlebenskämpfe zum Teil nicht gesichert.

Um hierüber Berichte zu gewinnen, führt der Trägerverein der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, teilweise gefördert durch die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, ein Projekt der lebensgeschichtlichen Befragung von vier Überlebenden durch. Die Finanzierung ist durch die Bemühungen zur Professionalisierung erst heute gegeben; aber auch die vielfältigen

3. Thomas Tschirner, Erinnerung im Wandel. Eine Dokumentation des Ausstellungskonzepts über die „Zweite Geschichte“ des KZ Kaltenkirchen in Springhirsch. Unveröffentlicht.

Kontakte zu WissenschaftlerInnen, Gedenkstätten und Lagerverbänden ermöglichen diese späte Forschung.

Was bedeuten diese Interviews? Eine Anerkennung dieser Verfolgten, für deren tragische Lebensverläufe sich Wenige interessierten? Oder umgekehrt die Aussicht für uns Nachgeborene, an der heute sichtbaren Aura der Überlebenden zu partizipieren, ihre Geschichte anzueignen und uns Deutsche als Lehrmeister aus der Geschichte darzustellen? Einblicke in Überlebenskämpfe, die trotz mühevoller Erinnerung unverständlich bleiben müssen?⁴

Diese Fragen nicht verdrängend, soll ein kurzer Einblick in die Praxis gegeben werden. Das halboffene lebensgeschichtliche Interview bietet die Möglichkeit, die kohärent erzählte Lebensgeschichte als Grundlage einer Biografie zu nutzen und zusätzlich Nachfragen zur Geschichte der Verfolgung und der Orte zu stellen. Raum muss auch gegeben werden für eine Botschaft, eine Lehre aus dem Erfahrenen.

Ein erstes Interview mit Mieczyslaw Swierczewski aus Warschau, durchgeführt Anfang Mai 2014, zeigt: Die Erinnerung an prägende Erfahrungen ist für diesen Überlebenden auch nach 69 Jahren noch lebendig. Er wurde mit 14 Jahren aus dem zur Zerstörung vorgesehenen Warschau verschleppt

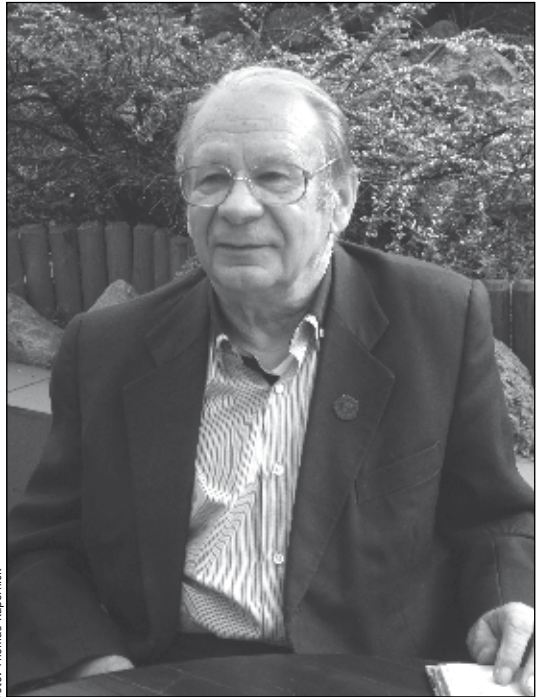


Foto: Thomas Käpernick

Mieczyslaw Swierczewski beim Interview am 1. Mai 2014 in Warszawa. Er starb am 27. Januar 2015

in die KZ Neuengamme und Kaltenkirchen. Seine Mutter kam im KZ Ravensbrück um. Swierczewski stellt in seinen Auskünften Details vom Überleben dar, die uns unmittelbar verständlich machen, wie sich Leid, Tod, Hoffnung darstellten. Er berichtet von der Kleidung der Häftlinge, beginnend mit der Arbeit in der Kälte des Winters ohne Unterwäsche in einem Außenkommando, im Kontrast dazu seine spätere Situation als Stubendienst charakterisierend mit seiner Aus-

4. Vgl. den Überblick über Interviews in Museen und Gedenkstätten bei: Steffi de Jong, Einleitung „Wir sind Geschichte“. In: Sybille Schmidt (u.a. Hg.), Politik der Zeugenschaft. Zur Kritik einer Wissenspraxis. Bielefeld 2011, S. 243-264.



Quelle: KZ-Gedenkstätte Kallertkirchen-Springhirsch

Überlebende 1978 bei der Einweihung des Friedhofes Moorkaten

stattung mit einer guten Marinejacke.

Zugleich kann das Studium der Lebenswege ehemaliger Häftlinge Anknüpfungspunkt sein für das Verständnis junger BesucherInnen der Gedenkstätten. Fragen können sich an Betroffenheit über das Unmenschliche der Verhältnisse entwickeln, aber auch durch Empathie mit den Verfolgten. Die Tendenz zur „Personalisierung und Individualisierung“⁵ der Ausstellungen der KZ-Gedenkstätten durch den Einsatz von Filmen, Zitaten, Hörstationen und Biografien dient der Anschaulichkeit. Im Lernen an

Biografien können die Differenzen der Verfolgtengruppen erkannt werden. Viele Biografien vermitteln Ermutigung, stellen sie doch die Standhaftigkeit der Verfolgten heraus. Zugleich evokiert diese Tendenz kritische Kommentare wie dieser von Gottfried Kößler: „Heutige Jugendliche in eine erfundene affektive Nähe zu den Menschen der Vergangenheit zu bringen ist kein Projekt, das der Entwicklung historischer Kompetenz dient.“

Tatsächlich scheinen in manchen Ausstellungen Fotografien und Biografien zu Blickfängern zu werden. Die Unterschiede der

5. Cornelia Geissler, Konzepte zur Personalisierung und Individualisierung in der Geschichtsvermittlung. Die Hauptausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. In: Oliver von Wrochem (Hg.), Das KZ Neuengamme und seine Außenlager. Geschichte, Nachgeschichte, Erinnerung, Bildung. Berlin 2010, S. 313-328.

nationalen Gedenkkulturen (etwa in der Haltung zum Militär), die sich in der persönlichen Begegnung mit Überlebenden und Angehörigen schnell zeigen, sind aber aus zweiter Hand in einer Ausstellung kaum erfahrbar.“⁶ Die Annäherung an die Schicksale Überlebender sollte – so ist Kößler zu ergänzen – nicht Ziel der Gedenkstättenpädagogik, sondern Mittel sein. Lernziel eines Gedenkstättenbesuches sollte das Erkennen von Differenzen, der Aufruf zum Hinterfragen und Widersprechen sein.

Das am Wohnort der Verfolgten digital aufgezeichnete Interview, für das auch ein Dolmetscher / eine Dolmetscherin erforderlich ist, wird in Zukunft transkribiert, übersetzt und überprüft. Die Auskünfte der Überlebenden müssen überprüft und eingeordnet werden (auch wenn diese Worte unangemessen scheinen). Denn Erinnerung ist überformt durch später Rezipiertes. Orte und Daten sind nachzutragen, ausgelassenes Nichterzähltes ist zu bedenken. Überlebende waren der

Hilfsmittel der Erinnerung beraubt, konnten meist nichts notieren, sollten namenlos gemacht werden, erinnern Namen nur phonetisch.

Alle vier Interviewpartner sind im Zuge von Vergeltungsmaßnahmen als Jugendliche im letzten Kriegsjahr deportiert worden. Sie engagierten sich nach ihrer Befreiung in Häftlingsverbänden. Drei von ihnen besuchten Kaltenkirchen, bis nach 2005 ihr hohes Alter diese Besuche unmöglich machte.

Ihr Alter wiederum fördert ihre Bereitschaft, Auskunft zu geben. Pierre Vignes schrieb im Oktober 2014 auf meine Anfrage hin: „Ich habe mit Überraschung, großem Interesse und Emotion von ihrem Schreiben der KZ-Gedenkstätte Kenntnis genommen. Die Jahre vergehen, ich werde älter, meine Gefühle sind milder geworden, und ein klarer Zugang zu den Ereignissen hat mir Beruhigung verschafft. Ist es also der Moment, die Anstrengung der Erinnerung auf sich zu nehmen und diese Momente wieder zu durchleben?“ *Thomas Käpernick*

Der „Fall Heinz Reinefarth“

Diskussion um eine Nachkriegskarriere und ein Forschungsprojekt zu ehemaligen NS-Funktionären in Schleswig-Holstein

Für den 20. Januar 2015 hatte der schleswig-holsteinische Landesbeauftragte für politische Bildung zu einer Veranstaltung „Der ‚Fall Heinz Reinefarth‘ und die Kontinui-

itäten des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein nach 1945“ in den Plenarsaal des Landeshauses in Kiel eingeladen. Auf dem Programm standen ein Vortrag des

Historikers Dr. Philipp Marti über *Die zwei Karrieren des Heinz Reinefarth* sowie eine Podiumsdiskussion (*Der ‚Fall Reinefarth‘ und die NS-Kontinuitäten in Exekutive und Legislative Schleswig-Holsteins nach 1945 – Stand und Bedeutung der Aufarbeitung*). Teilnehmer waren Dr. Philipp Marti, Schweizer Historiker, der gerade seine Dissertation über Reinefarth¹ vorgelegt hat (siehe S. 224), Bartosz Wielinski, Journalist der liberalen *Gazeta Woborza* aus Warschau, Petra Reiber, Bürgermeisterin der Gemeinde Sylt, Professor Dr. Uwe Danker, Europa-Universität Flensburg, sowie Klaus Schlie (CDU), der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtags.

In seiner Einführung stellte der Landtagspräsident das 2013 von allen Fraktionen des Landtags beschlossene Projekt vor, „eine wissenschaftlich fundierte umfassende Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuitäten nach 1945 in der Legislative und Exekutive des Landes erstellen zu lassen, die 2016 vorliegen soll“ (so in der Einladung zur Veranstaltung). Schlie bezeichnete dieses Projekt als einen Auftrag von europäischen Dimensionen. Deutschland sei ja das Land, dessen Geschichte im 20. Jahrhundert zweimal die Aufarbeitung von Unrechtssystemen nötig gemacht habe.

Zwar solle im Rahmen des Projekts u.a. jeder einzelne in Frage kommende Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtags untersucht werden, im Fokus sollten aber nicht allein Einzelpersonen stehen, sondern ein gesamtes Bundesland. Die Auseinandersetzung über Reinefarth sei nur der Beginn dieses Vorhabens. Zu fragen sei, ob Reinefarth einen Einzelfall darstelle oder für so etwas wie ein Netzwerk stehe. In jedem Fall sei das Bild von Reinefarth als vorbildlichem Lokal- und Landespolitiker zu korrigieren.

Zu spüren war an Schlies Ausführungen, dass die Teilnahme eines polnischen Journalisten – überhaupt das Wissen, sich wegen des Falles Reinefarth im Blickfeld der polnischen Öffentlichkeit zu befinden – als eine Art Katalysator wirkte. Auch der Schritt Westerlandes zur Auseinandersetzung mit seinem Bürgermeister der Jahre 1951 bis 1963 war ja – außer durch die Dissertation Philipp Martis – durch eine Anfrage aus Polen ausgelöst worden (siehe den Bericht von Arndt Prenzel, S. 185). Dr. Philipp Marti gab einen gerafften Überblick über die Karrieren Reinefarths im Nationalsozialismus und nach 1945. Dessen Verantwortung für die blutige Niederschlagung des Warschauer Aufstandes – hier vor allem beim

1. Philipp Marti, *Der Fall Reinefarth. Eine biografische Studie zum öffentlichen und juristischen Umgang mit der NS-Vergangenheit*. Neumünster/Hamburg: Wachholtz Verlag 2014.

Massaker von Wola, dem wohl größten Einzel-Kriegsverbrechen des 2. Weltkriegs – habe seinerzeit kein Hindernis bedeutet, Bürgermeister von Westerland zu werden und als einziger ehemaliger SS-General in den Landtag eines Bundeslandes gewählt zu werden. Reinefarths Nachkriegskarrieren seien durch folgende Umstände begünstigt worden:

- seine Weigerung, als Kommandant der Festung Küstrin 1945 diese unter allen Umständen zu halten – entgegen Hitler-Befehl
- seine Rolle als Zeuge – nicht etwa als Angeklagter – in den Nürnberger Prozessen
- seine noch während der Kriegsgefangenschaft aufgenommenen Verbindungen zum Nachrichtendienst der US-Armee; Osteuropa-Kenntnisse waren in dieser Phase des beginnenden Kalten Krieges sehr gefragt
- seine Vermittlungsdienste zwischen Flüchtlingen und Einheimischen, u.a. die kostenlose juristische Beratung für Flüchtlinge
- sein Auftreten als gebildeter, „honorierter“ Bürger mit militärischer Vergangenheit.

Alle diese Faktoren trug mit dazu bei, dass das 1958 gegen ihn angestrebte Ermittlungsverfahren rasch wieder eingestellt wurde. Jemand wie Ernst Wilhelm Stojan, Zeitzeuge, Sylter Lehrer, Westerländer Bürgervorsteher und langjähriger Landtagsabgeordneter (SPD), war da jahrzehntlang ein nahezu einsamer

Mahner. Marti wie auch Danker hoben dessen beharrliche Hinweise auf den Fall Reinefarth hervor, von denen noch Marti bei seinen Nachforschungen auf Sylt hatte profitieren können.

Die Beiträge Petra Reibers und des polnischen Journalisten Bartosz Wielinski machten deutlich, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geeignet ist, Prozesse der Versöhnung in Gang zu setzen. Beide konnten durch ihren Einsatz Türen und Herzen öffnen: Wielinski durch seine Artikel über die Entwicklungen in Westerland, die Bürgermeisterin durch ihre Reise nach Warschau. Sie berichtete von ihrer Teilnahme an der Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Warschauer Aufstands (August 2014) sowie über den Besuch von Sylter Schülern in Warschau im Dezember 2014. Dabei seien Freundschaften entstanden, ein Gegenbesuch polnischer Schüler stehe bevor. Ihre nicht einfache Mission war, wie sie erwähnte, schließlich nach Absicherungen in die verschiedensten Richtungen (Generalkonsulat, Botschaft, Auswärtiges Amt) zustande gekommen. Sie war – ihrer Einschätzung nach – die erste offizielle Person aus Deutschland, die um Vergebung gebeten hat wegen der von Deutschen begangenen Verbrechen bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes. Was sie nicht wissen konnte: Bereits 1958 hatte Carlo Schmid, SPD-

MdB und Vizepräsident des Bundestages, etwas Entsprechendes unternommen, seinerzeit noch angefeindet u.a. durch die Vertriebenenverbände und den Vertriebenenminister Oberländer (mit einschlägiger Vergangenheit).

Es wurde deutlich, dass die Begegnungen einen nachhaltigen Eindruck auf die Bürgermeisterin gemacht hatten. Petra Reiber war diejenige unter den Podiumsteilnehmern, die betonte, wie wichtig es sei, die letzten polnischen Überlebenden in derartige Begegnungen einzubeziehen. Hier könne der Landtag wichtige Zeichen setzen.

Hierin traf sie sich mit Überlegungen Bartosz Wielinskis, der ebenfalls die Wichtigkeit von Versöhnungsarbeit betonte, so mit dem Rückblick auf die Phase ab 2006, in der die polnische Politik von konservativ-nationalistischen Kräften um die Brüder Kaczynski geprägt war, aber auch mit dem Hinweis auf Irritationen von deutscher Seite aus, z.B. um das „Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Wielinski betonte die große Resonanz, die die Bitte um Vergebung durch die Westerländer Bürgermeisterin in Warschau hatte. Diese Geste hat ebenso wie die schließlich am Westerländer Rathaus angebrachte Tafel über Reinefarths blutiges Wirken in Warschau (siehe S. 185) die jahrzehntelange Verdrängung beendet.

Wielinski zeigte sich beeindruckt davon, wie offen ihm auf Sylt wie im Landtag begegnet wurde, während ein polnischer Kollege bei dessen früheren Versuch, Zugang zu Archivunterlagen über Reinefarth zu erhalten, noch gescheitert sei. Ein derartiges Klima des Vertrauens und der Offenheit schuf dann wohl auch die Grundlage dafür, dass er anlässlich eines Besuches auf Sylt auf Empfehlung des katholischen Pfarrers Pingel am Grab Reinefarths für diesen beten konnte. Wielinski sprach einen Appell aus, Westerland zu einem Ort der Versöhnung zu entwickeln, entsprechend Auschwitz oder Kreisau.

War das Ganze eine Podiumsdiskussion? Im Grunde ging es doch eher um eine Vorstellung des Aufarbeitungs-Projekts. Möglichkeiten zu einer Diskussion hätte es gegeben, zum Beispiel durch Professor Dankers verneinende Antwort auf die Frage des Moderators Dr. Martin Lätzel (Ministerium für Justiz, Kultur und Europa), ob er die Einschätzung Dr. Martis teile, Schleswig-Holstein sei mit der historischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus im Rückstand. Es fiel auf, dass Danker – trotz naheliegender Hinweise auf die jahrzehntelange Verdrängung des Falles Reinefarth – von beachtlicher Aufarbeitung während der 60er-Jahre durch Untersuchungsausschüsse des Landtags sprach, z.B. zur Heyde/Sawade-Affäre: eine Geste gegenüber dem Land-

tag als Auftraggeber des Projekts für das IZRG?

Bei der Skizzierung der Grundlinien dieses Projekts schien Danker deutlich darauf bedacht, die Linie der Einstimmigkeit nicht zu überschreiten, mit der der Landtag 2013 diese „kritische Nabelschau“ beschlossen hatte – auf Initiative von SPD, Grünen und SSW. Die Ausschreibung des Landtags nennt vier Gegenstandsbereiche:

- die Recherche und Dokumentation von NS-Belastungen späterer MdLs und Mitgliedern [sic] der Exekutive
- die Einordnung und Bewertung der Befunde bezogen auf andere Bundesländer
- die Frage einer schleswig-holsteinischen ‚Sonderentwicklung‘
- sowie der [sic] Frage nach der Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten und deren Auswirkung auf das politische Klima.“

Die Laufzeit des Forschungsvorhabens dauert von 2014 bis 2016 (s. im Einzelnen die Vorstellung des Projekts durch Prof. Danker auf der Landespressekonferenz, www.irzg.de/fileadmin/downloads/LPK_Praes.pdf).

Mitwirkende des Forschungsvorhabens sind Prof. Dr. Danker, Dr. Sebastian Lehmann-Himmel, Dr. Stephan Glienke sowie vier studentische Hilfskräfte und einige externe Beiträger und Berater. Die veranschlagten Kosten betragen 100.000 Euro. Auffällig war im Landeshaus, wie betont

Danker hervorhob, dass sich unter den rund 400 zu untersuchenden Biografien sowie den Institutionen auch positive Beispiele fänden. Der Grundtenor seiner Darlegungen war der Akzent auf wissenschaftlicher Seriosität ohne Schwarz-Weiß-Muster; zu erwarten seien eher Grautöne. „Wir klären auf, rekonstruieren und erzählen unsere Geschichte(n), aber wir entlarven nicht. Wir nennen Ross und Reiter, aber richten nicht, sondern bleiben Historiker“ (so Uwe Danker auf der oben genannten Landespressekonferenz). Eigentlich ja eine Selbstverständlichkeit.

Zum Schluss wurde jeder Podiumsteilnehmer gefragt, was er sich – bezogen auf die Geschichtsaufarbeitung – wünsche. Der Landtagspräsident wünschte sich, dass die Aufarbeitung gelingen und der Gedanke der Versöhnung weitergetragen werden könne. Philipp Marti erklärte, dass ihm, als Schweizer, hier kein Votum zustehe. Bartosz Wielinski sprach den Wunsch nach einer Intensivierung der Kontakte zwischen Schleswig-Holstein und Polen aus. Petra Reiber regte die Schaffung einer Stiftung an, die Träger für einen deutsch-polnischen Jugendaustausch werden könne. Uwe Danker schließlich äußerte den Wunsch nach Chancen, aus der historischen Aufarbeitung für die Zukunft lernen zu können, gerade in Zeiten, in denen bald keine Zeitzeugen mehr existieren.

Hartmut Kunkel